

# Bremische Bürgerschaft

## Landtag

### 19. Wahlperiode

#### Anfragen in der Fragestunde

1.

02.03.17

#### **Erprobung von Richterinnen und Richtern auch beim Magistrat der Seestadt Bremerhaven?**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung hat im Rahmen von Beförderungsentscheidungen bei Richterinnen und Richtern deren Bereitschaft, sich bei bremischen Verwaltungsbehörden beziehungsweise Obergerichten erproben zu lassen?
2. Besteht für Richterinnen oder Richter die Möglichkeit, sich auch in Bremerhaven erproben zu lassen?
3. Bäte das große Aufgabenspektrum des Magistrates in Bremerhaven aus Sicht des Senates die Möglichkeit, beim Magistrat eine solche Erprobungsstelle für Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bremerhaven einzurichten, die mit einer Erprobung bei dem Oberlandesgericht gleichwertig ist?

Antje Grotheer, Sascha Aulepp, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

2.

07.03.17

### **Sexualstraftaten in Bremerhaven**

Ich frage den Senat:

1. Warum ist gegen einen 64-jährigen mutmaßlichen Sexualstraftäter, der im August 2013 wegen des sexuellen Missbrauchs eines heute zwölf Jahre alten Mädchens angezeigt wurde, bis heute kein Gerichtsverfahren eröffnet worden, und trifft es zu, dass der betroffene Mann im Verdacht steht, im vergangenen Jahr ein weiteres Mädchen sexuell unangemessen berührt zu haben und deshalb jetzt in Untersuchungshaft sitzt (vgl. Bericht in der Nordsee-Zeitung vom 4. März 2017, S. 13)?
2. Ist der Tatverdächtige in der Vergangenheit wegen weiterer Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung strafrechtlich in Erscheinung getreten, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und wie wurden diese Straftaten durch die Justiz geahndet?
3. Sind nach Aufnahme der Anzeige gegen den mutmaßlichen Sexualstraftäter im August 2013 vonseiten der Polizei oder der Justiz Maßnahmen ergriffen worden, um die Bevölkerung vor weiteren Straftaten durch den auf freiem Fuß befindlichen Mann zu schützen, und wenn ja, welche Maßnahmen waren das konkret, und wann genau wurden sie ergriffen?

Jan Timke (BIW)

3.

03.07.17

### **Praktikumsplätze in den Praktikumsklassen**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Jugendliche in Bremen und Bremerhaven besuchen den Bildungsgang Praktikumsklasse?
2. Wie viele von diesen Jugendlichen haben aber zurzeit keinen Praktikumsplatz in diesen Praktikumsklassen?
3. Ist sichergestellt, dass die Jugendlichen ohne Praktikumsplatz im Bildungsgang Praktikumsklasse ein angemessenes Alternativangebot erhalten und wahrnehmen?

Sybille Böschen, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

4.

07.03.17

### **Videotelefonie in der öffentlichen Verwaltung**

Wir fragen den Senat:

1. Werden für die internationale Kommunikation der bremischen Verwaltung auch Programme wie beispielsweise FaceTime, Skype oder WhatsApp genutzt, die einen Austausch per Videotelefonie ermöglichen, wenn nein, warum nicht?
2. Welche Vorteile sind aus Sicht des Senats durch die Nutzung von Programmen für Videotelefonie zu erwarten, auch im Hinblick auf die Kommunikation mit anderen Behörden wie z. B. Bundesministerien oder den bremischen Landesvertretungen in Berlin und Brüssel?
3. Gibt es datenschutzrechtliche Bedenken bei der Nutzung von entsprechenden kostenfreien/kostengünstigen Programmen, und wie könnten diese ausgeräumt werden?

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

5.

08.03.17

### **Neuer Rockerclub in Bremen?**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Gründung oder grundsätzlich dem Bestehen eines Chapters der Osmanen Germania in Bremen und Bremerhaven und die Zusammensetzung der Mitglieder vor?
2. Wie stuft der Senat diese Rockergruppierung in Hinblick auf eine politische Motivation oder gar eine extremistische Ideologie ein?
3. Wie wird die Gefahr erneuter gewalttätiger Auseinandersetzungen mit anderen Rockerclubs oder Milieus beurteilt, insbesondere im Verhältnis zu größeren in der Vergangenheit bestandenen Clubs und Chapters in Bremen?

Sükrü Senkal, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

6.

08.03.17

### **Tätigkeiten der DITIB auf dem Gebiet des Landes Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Hat der Senat Kenntnisse darüber, ob auch in Bremen und Bremerhaven gegen Geistliche oder andere Mitarbeiter des Moscheeverbandes DITIB wegen Agententätigkeit oder anderer Straftaten ermittelt wird, und wenn ja, welche?
2. Gibt es Hinweise auf Verbindungen von Geistlichen oder anderen Mitarbeitern der DITIB, zur PKK, zum Geheimdienst MIT, zum rechts-, links- oder religiös extremistischen Lager, und wenn ja, welche?

Alexander Tassis (AfD)

7.

09.03.17

### **Keine Zukunft für Waschbär, Wollhandkrabbe und Co.?**

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Bestrebungen der EU-Kommission, per EU-Verordnung 1143/2014 die negativen Auswirkungen gebietsfremder invasiver Arten auf die europäische wildlebende Flora und Fauna durch eine Beschränkung von Haltung, Zucht und Transport der gelisteten Tierarten in Zoologischen Gärten zu verhindern?
2. Wie beurteilt der Senat den bundesdeutschen Gesetzentwurf zur Durchführung der EU-Verordnung und die darin enthaltenen Ausnahmeoptionen für die fortgesetzte Haltung gelisteter Tierarten in Zoologischen Gärten gemäß § 40c Absatz 1 (siehe Drs. 184/17 des Bundesrates, Stand 23. Februar 2017)?
3. Sieht der Senat ausreichend Spielraum für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die fortgesetzte Haltung, Zucht und Transport aktuell und zukünftig gelisteter Tierarten durch den Bremerhavener Zoo am Meer zur Sicherstellung des Erhalts und der Fortentwicklung der Artenvielfalt?

Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

8.

09.03.17

**Umsetzungsstand des Gesetzes zum Schutz der Prostituierten und zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes in Bremen?**

Wir fragen den Senat:

1. Wird der Senat die landesrechtlichen und kommunalen Zuständigkeiten der fast ausschließlich gewerberechtlchen Regelung des Prostitutionsschutzgesetzes für Bremen auf den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen übertragen, wenn nein, warum nicht?
2. Wohin wird der Senat abweichend von der gewerberechtlchen Zuständigkeit die Aufgaben nach den gewerberechtlchsfremden Einsprengseln (§§ 9 und 33 Absatz 1 Nr. 3) dieses Bundesgesetzes zuweisen, und wie wird er mit den strukturell angelegten Vollzugsdefiziten bei der Verfolgung des Ordnungswidrigkeitentatbestands des § 33 Absatz 1 Nr. 3 Prostitutionsschutzgesetz (Kondompflicht des Kunden), welcher regelmäßig nur als Kontrolldelikt mit lebenspraktisch bedingter sehr geringer Feststellungswahrscheinlichkeit ermittelbar sein dürfte, umgehen?
3. Wird der Senat bei der gewerberechtlchen Erlaubniserteilung für Prostitutionsstätten und der ggf. erforderlichen Erteilung von Auflagen und Anordnungen als Beitrag zum Schutz der Prostituierten vor wirtschaftlicher Ausbeutung darauf bestehen, dass die gegenseitigen Leistungsverpflichtungen zwischen Prostituierten und Prostitutionsgewerbetreibenden grundsätzlich schriftlich zu dokumentierten sind?

Sybille Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

9.

09.03.17

**Ersatzbeschaffung für den Fuhrpark der Feuerwehren Bremerhaven und Bremen**

Wir fragen den Senat:

1. Wie sollen die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven bei der neuen Beschaffungsmaßnahme des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe berücksichtigt werden?
2. Gibt es zwischen Senat und Magistrat eine abgestimmte Planung über die mittelfristige Ersatzbeschaffung und Überlassung von Löschfahrzeugen für die Feuerwehren in Bremerhaven und Bremen?
3. Welche Bedarfe sieht der Senat für Ersatzbeschaffungen und Überlassungen von Löschfahrzeugen in den Freiwilligen Feuerwehren der beiden Stadtgemeinden bis zum Jahr 2020?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

10.

09.03.17

### **CEO-Fraud im Land Bremen**

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Fälle von CEO-Fraud, also betrügerische Finanztransaktionen mit Hilfe fingierter E-Mails von Firmenverantwortlichen, sind im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 28. Februar 2017 im Land Bremen von der Polizei registriert worden (bitte getrennt nach Jahren sowie den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. In wie vielen Fällen waren die Täter im unter Frage 1 genannten Zeitraum erfolgreich, und welcher Schaden ist entstanden (bitte die jeweilige Schadenssumme getrennt nach Jahren sowie den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
3. Von welcher Dunkelziffer geht der Senat in diesem Deliktsbereich aus, welche Erkenntnisse über die Täter liegen der Polizei vor und welche Präventionsmaßnahmen werden von den Bremer Sicherheitsbehörden ergriffen, um diese Betrugsstraftat zu verhindern?

Jan Timke (BIW)

11.

09.03.17

### **Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Berechtigte für Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und Wohngeld unter 18 Jahren bzw. Kinderzuschlagbeziehende leben im Land Bremen (bitte jeweils nach den Stadtgemeinden differenzieren)?
2. Wie viele Minderjährige beziehen im Land Bremen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) (bitte nach den Stadtgemeinden differenzieren)?
3. Wie viele Minderjährige beziehen jeweils welche Leistungen (kostenloses Mittagessen, Nachhilfe, Kultur, Sport- oder Freizeitbeiträge, Schulbedarf, Lernförderung, Ausflüge und Klassenfahrten sowie Schülerbeförderung) (bitte nach den Stadtgemeinden differenzieren)?

Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

12.

10.03.17

### **Der EG-Check bei der WFB**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit ist das EG-Check-Verfahren für die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) durchgeführt worden, wie es die Bürgerschaft (Landtag) mit der Drucksache 19/298 gefordert hat?
2. Sofern das EG-Check-Verfahren bei der WFB nicht durchgeführt wurde, warum wurde dies nicht im Rahmen der Neuordnung der WFB durchgeführt, um sicherzustellen, dass bei der Neuaufstellung die Aspekte der Entgeltgleichheit berücksichtigt werden können?
3. Sofern das EG-Check-Verfahren bei der WFB nicht durchgeführt wurde, wann wird beabsichtigt, den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) umzusetzen?

Lencke Steiner und Fraktion der FDP

13.

14.03.17

### **Kommunalinvestitionsförderungsfonds**

Wir fragen den Senat:

1. Wird der Senat den nach jüngsten Beschlüssen in Bundestag und Bundesrat um weitere 3,5 Milliarden Euro auf 7 Milliarden Euro aufgestockten Kommunalinvestitionsförderungsfonds nutzen, um dringend benötigte weitere Mittel zur Schulsanierung in den Kommunen Bremen und Bremerhaven zu beantragen?
2. Welche Schulgebäude in Bremerhaven und Bremen könnten von diesen zusätzlichen Bundesmitteln profitieren?
3. Falls der Senat weitere Mittel beantragt: In welchem Umfang könnten die beiden Kommunen im Land Bremen Mittel aus diesem Fonds erhalten?

Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen